

von dem sich die PVAP ideologisch und politisch noch nicht erholt hat und sich wahrscheinlich nicht mehr erholen wird.

Der Innenminister hatte sich anscheinend verkalkuliert. Der neue Ministerpräsident *Rakowski*, ein alter Intimfeind der „Solidarność“ und ihres Vorsitzenden, hat mit Wałęsa offensichtlich nicht viel im Sinn. Statt Dialog mit der „Solidarność“ propagiert *Rakowski* eine radikale Wirtschaftsreform, eine wirtschaftliche Konsolidierung über die Rückkehr zur Marktwirtschaft. Demokratie ohne die Grundlage eines wirtschaftlichen Wohlstandes sei nur ein leeres Wort, meinte der Premier in einem Interview für die italienische Tageszeitung „La Repubblica“.

Das „koreanische Modell“ als Vorbild für die Lösung der polnischen Krise geistert seit einigen Monaten durch die polnische Presse, will heißen: autoritärer Regierungsstil plus Marktwirtschaft. Bisweilen fehlt auch nicht der pikante Hinweis auf das Chile des Generals Pinochet und auf Südafrika. Soweit reicht der Abbau des ideologischen Ballasts, wenn bei Polens Regierenden Realpolitik angesagt ist.

Geht es ohne einen politischen Minimalkonsens?

Da bereitet es denn auch keine weltanschaulichen Kopfschmerzen mehr, wenn die Warschauer Führung anlässlich des 70. Jahrestages der Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates am 11. November einen *Pilsudski-Kult* an den Tag legte, der in der Vergangenheit der antikommunistischen Opposition vorbehalten war. Der Staatsgründer, der von vielen Polen nicht zuletzt deshalb hoch verehrt wird, weil er Polen im August 1920 durch das sog. „Wunder an der Weichsel“ vor der Roten Armee und der Sowjetisierung rettete, wurde von der Regierung mit einer Briefmarke und einer Gedenkmünze geehrt. Das stellvertretende Staatsoberhaupt *Barcikowski* legte am Sarkophag von Marschall Pilsudski in der Krypta des

Krakauer Wawel-Doms einen Kranz nieder. In Krakau wurden eine Straße und in Warschau ein Park nach Pilsudski benannt. Rektor *Bialkowski* fordert die Wiedereinführung der offiziell nie abgeschafften Bezeichnung „Józef-Pilsudski-Universität“ für die Warschauer Alma Mater.

Ob die Kanalisierung nationaler, ja antikommunistischer Gefühle der Be-

völkerung, der gemäßigt autoritäre Führungsstil der Regierung und eine marktorientierte Wirtschaftspolitik nach dem Prinzip des „Enrichiszewus“ ohne Verständigung über einen politischen Minimalkonsens mit dem „würdigen Vertreter der nationalen Verständigung“ Wałęsa möglich ist, bleibt abzuwarten. Denn: Polen ist nicht Korea, Polen bleibt Polen. D. B.

Präparat RU 486: Von der chirurgischen zur medizinischen Abtreibung?

Die Entwicklung und amtliche Zulassung eines neuartigen Medikaments zur Herbeiführung von Schwangerschaftsabbrüchen beginnt die Abtreibungsdiskussion zu verändern. Schauplatz dieser Diskussion ist gegenwärtig Frankreich, wo im letzten Herbst eine breite Kontroverse zwischen staatlichen Stellen, Industrie und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen um die Markteinführung des neuen Präparates RU 486 (vollständige Bezeichnung: Mifepristone) durch den Pharmakonzern *Roussel-Uclaf* stattfand. Kaum etwas könnte die Kalamitäten mit diesem vorläufig „modernsten“ Mittel für den Schwangerschaftsabbruch eindrücklicher unter Beweis stellen als der wechselvolle Verlauf, den diese Kontroverse bisher nahm.

Kein Mittel zur Empfängnisverhütung

Bei dem Präparat handelt es sich um ein antihormonal wirkendes Mittel, das bei der Suche nach hormonellen Antikrebsmitteln Anfang der achtziger Jahre durch den französischen Endokrinologen *Etienne-Emile Baulieu* und ein Forscherteam des Pharmakonzerns *Roussel-Uclaf* gefunden wurde. Mifepristone weist eine starke Antiprogestosteroneigenschaft auf. Das Schwangerschaftshormon Progesteron bereitet den Uterus der Frau auf die Einnistung des Embryos vor und

ist für die Aufrechterhaltung der Schwangerschaft erforderlich. In der Mehrheit der Fälle würde dieses Mittel für einen Abbruch der Schwangerschaft ausreichen. Zur Anwendung kommt es jedoch nur in Verbindung mit einem Prostaglandinpräparat, das Wehen auslöst und so mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit den Abbruch der Schwangerschaft herbeiführt. In wenigen Fällen, in denen dies dennoch nicht gelingt, wird der Abbruch auf dem üblichen operativ-mechanischen Wege vorgenommen, da sonst die Gefahr von Mißbildungen besteht.

Als erstes westliches Land (nach der Volksrepublik China) erteilte Frankreich bzw. dessen Gesundheitsminister *Claude Evin Roussel-Uclaf* am 23. September 1988 die Genehmigung zur kommerziellen Nutzung des Präparates. Diese amtliche Zulassung schließt jedoch vergleichsweise restriktive Bedingungen für die Anwendung ein: Das Mittel darf nur bis zum Ende der fünften Schwangerschaftswoche benutzt werden (einschließlich einer gesetzlich vorgeschriebenen Bedenkzeit) und nur in eigens dazu beauftragten medizinischen Zentren, somit also nur unter direkter ärztlicher Aufsicht. Die Befürworter von RU 486 versprechen sich von dem Mittel eine erhebliche *Verringerung der Zahl operativer Eingriffe* zum Zwecke des Schwangerschaftsabbruchs. Für vorteilhaft hält man dies vor allem auch für Gebiete mit einer

mangelhaften bzw. fehlenden medizinischen Infrastruktur (Entwicklungsländer). Rein medizintechnisch läßt sich Mifepristone auch als ein Mittel der Empfängnisverhütung benutzen, sofern es monatlich eingenommen wird.

Was die eine Seite für die besonderen Vorteile des Mittels hält, ist jedoch für die Kritiker des Präparates gerade Anlaß für ihre Bedenken. Sie wenden ein, daß RU 486 die Grenze zwischen Empfängnisverhütung und Abtreibung weiter *verwische* – indem es als eine Art „Pille danach“ zur Anwendung kommen könnte. Um ein Mittel der Empfängnisverhütung im strengen Sinn handelt es sich aber schon deshalb nicht, weil nicht eine Schwangerschaft, bevor sie eigentlich begonnen hat, verhindert, sondern eine bereits begonnene Schwangerschaft durch Manipulation an der hormonellen Versorgung abgebrochen wird.

Eine „Herausforderung für die Kirche“

Einige Moraltheologen (z. B. *Johannes Reiter, Richard McCormick*) wiesen unterdessen darauf hin, daß durch dieses Verfahren an die Stelle des technischen Abbruchs der leicht vorzunehmende medikamentöse Abbruch trete. Der Schwangerschaftsabbruch werde so zu einer *Routine-Angelegenheit*. Im übrigen werde der Schwangerschaftsabbruch ganz in die Hand der Frau gelegt. Damit werde die Abtreibungsproblematik aus der sozialen und politischen Kontrolle herausgenommen und werde voll und ganz zu einer nicht-öffentlichen, privaten Angelegenheit. Letzteres gilt für die französische Handhabung – wenigstens so, wie sie z. Z. in Geltung ist – noch nicht. Die französische Regelung ersetzt nur ein medizinisches Verfahren durch ein anderes, beläßt es aber bei einem der herkömmlichen Abtreibung vergleichbaren Verfahren strikter ärztlicher Kontrolle. In dem Maße, wie man jedoch mit diesen neuen Methoden Erfahrungen sammelt, steht zu befürchten, daß die staatlichen Stellen zu einer freieren Anwendungsform gedrängt werden könnten.

Bereits im Vorfeld der amtlichen Zulassung für Frankreich war es in den Vereinigten Staaten gerade von seiten militanter Abtreibungsgegner zu massiven Protesten gekommen. Ähnliche Proteste gab es nach der Zulassung in Frankreich. Auch französische Bischöfe sprachen sich gegen diese Entscheidung aus. Der Pariser Erzbischof, Kardinal *Jean-Marie Lustiger*, bezeichnete die amtliche Zulassung als eine „Herausforderung für die Kirche“. Ein Sprecher des Pariser Erzbischofs stellte klar, ein medikamentöser Schwangerschaftsabbruch bleibe für die Kirche genauso verboten wie ein chirurgischer.

Die Argumente gegen diese neue Abtreibungsform unterscheiden sich denn auch im Kern kaum von denen gegen die herkömmliche Abtreibung. Allerdings wird auf mögliche Komplikationen für den Fall hingewiesen, wenn es zu keinem Schwangerschaftsabbruch kommt. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Präparat auch über den gesetzlich festgelegten spätesten Zeitpunkt von fünf Wochen nach dem Beginn der Schwangerschaft hinaus Wirkung zeige und daher mißbräuchliche Anwendungen nach diesem Zeitpunkt vorprogrammiert seien, zumal effektive Kontrollen nur schwer vorstellbar seien.

Zur allgemeinen Überraschung der französischen wie der außerfranzösischen Öffentlichkeit zog jedoch bereits einen Monat nach der Markteinführung Roussel-Uclaf Mifepristone mit Hinweis auf die vielfältigen Proteste wieder zurück, löste damit aber Gegenproteste aus. So wurden etwa die Teilnehmer des in Rio de Janeiro tagenden Weltkongresses für Gynäkologie und Geburtshilfe u. a. auch von dem Entdecker von RU 486, *Baulieu*, aufgefordert, eine Resolution zu unterschreiben, in der die Entscheidung von Roussel-Uclaf nicht nur bedauert und darauf hingewiesen wurde, daß die zuständigen französischen und chinesischen Behörden das Präparat für „sicher und effektiv“ eingestuft hätten, sondern man das Unternehmen auch aufforderte, die Patentrechte an der Substanz abzutreten, damit sichergestellt werde, daß die

Frauen vom „Nutzen dieses Präparates profitieren“ könnten (vgl. FAZ 2. 11. 88). In gleichem Zusammenhang wurden auch Vorwürfe gegen extreme katholische Gruppierungen in Frankreich erhoben. So hieß es etwa in einer Stellungnahme der *sozialistischen Regierungspartei*, nach den schwerwiegenden Angriffen gegen die Freiheit der Kinobesucher (im Fall von *Martin Scorsese*s Kinofilm „Die letzte Versuchung Christi“; vgl. HK, November 1988, 505) handele es sich nun um eine Attacke auf die Freiheit der Frauen, ein neuartiges medizinisches Verfahren zu wählen. Es sei ungut für die Demokratie, wenn „terrorisierende“ Interessengruppen über Kultur- oder Gesundheitspolitik eines Landes befänden (vgl. Le Monde, 28. 10. 88). Von diesen Protesten gegen die Gegner von RU 486 konnte auch die katholische Kirche nicht unberührt bleiben – was die Diskussion um die Stellung der Kirche in der französischen Öffentlichkeit enorm belastete (vgl. ds. Heft, S. 10).

„Zum Nutzen der allgemeinen Gesundheit“

Der Hinweis auf die Proteste fundamentalistischer und traditionalistischer Gruppierungen in verschiedenen Ländern sowie der katholischen Bischöfe in Frankreich allein reichen als Erklärung des Rückzugs von Roussel-Uclaf jedoch nicht aus – darauf wies auch der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz Kardinal *Albert Decourtray* während der Vollversammlung der Bischöfe in Lourdes (vgl. HK, Dezember 1988, 590) hin. Zu 54,5 Prozent ist der deutsche Pharmahersteller *Hoechst* an Roussel-Uclaf beteiligt, weitere 36,25 Prozent hält der französische Staat. Zum Rückzug entschloß sich der Hersteller offenbar auch deshalb, weil man Boykottmaßnahmen gegen die gesamte Produktpalette von Roussel-Uclaf wie auch Hoechst befürchtete. Bei der nur beschränkten und reglementierten Zulassung in Frankreich hätten die wirtschaftlichen Vorteile dieses Präparates mögliche Nachteile vorläufig kaum wettmachen können. Im übrigen galt

RU 486 in der französischen Herstellerfirma selbst wie auch beim deutschen Mehrheitsaktionär als durchaus umstritten. Die Hoechst AG ließ verlauten, an eine Markteinführung in der Bundesrepublik sei nicht gedacht, und betonte Pressevertretern gegenüber die Unabhängigkeit des französischen Tochterunternehmens in seiner Produktpolitik.

Die Verwirrung um RU 486 war indes komplett, als wenige Tage nach dem Entschluß von Roussel-Uclaf, das Mittel vom Markt zu nehmen, das Unternehmen vom französischen Staat aufgefordert wurde, diesen Schritt rückgängig zu machen und die Firma dieser Aufforderung umgehend Folge leistete. Gesundheitsminister *Evin* begründete seine Forderung mit dem Verweis auf das französische Patent-

gesetz, nach dem Forschungseinrichtungen verpflichtet seien, ihre Entdeckungen auch zu nutzen, sofern es sich um Belange der allgemeinen Gesundheit handle. Weigere sich das Unternehmen, dies zu tun, könnten ihm die aus dem Patent erwachsenden Rechte aberkannt und dessen Vermarktung anderen Unternehmen übertragen werden. Wenn also schon bei der Entscheidung zum Rückzug *wirtschaftliche Motive* von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein dürften, dann waren sie es beim Entschluß zur Wiedereinführung gleichfalls.

Der bisherige Verlauf der Auseinandersetzung hat gezeigt, daß mit der Einführung von Mifepristone keine qualitative Veränderung der Abtreibungsdebatte zu erwarten ist. Für die Befürworter des Präparates handelt es

sich um eine *Perfektionierung einer Methode* zu einem nicht als illegitim empfundenen Zweck: „Welche Moral, welche Religion gibt einem die Berechtigung, einen Menschen leiden zu lassen, obwohl es eine Methode gibt, die nicht nur eine vergleichbare Effizienz aufweist, sondern obendrein erlaubt, Leiden zu vermeiden?“ (*Josette Dall'Ava-Santucci*, Präsidentin der Vereinigung französischer Ärztinnen, in: *Le Monde*, 29.10.88). Für die kirchlichen Abtreibungskritiker kann dies nur bedeuten, daß die Stoßrichtung weiteren Protestes nicht eigentlich die Einführung dieses neuen Präparates wird sein können, sondern weiterhin die grundlegendere Frage der sittlichen Erlaubtheit bzw. Unerlaubtheit der Abtreibung, wie sie auch immer herbeigeführt wird. *K. N.*

Befürchtungen und Trümpfe

Frankreich vor der europäischen Hürde

Immer stärker schiebt sich in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik die Frage nach den Auswirkungen des bis Ende 1992 angezielten europäischen Binnenmarktes in den Vordergrund. Wie stellen sich die Dinge im Nachbarland Frankreich dar? Mit welchen Chancen und Problemen geht man dort auf die Verwirklichung des Binnenmarktes zu?

Die europäische Endstation 1992, die angestrebte, aber noch keineswegs gesicherte restlose Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes, befindet sich für viele Franzosen, je nach Temperament, im Himmel oder in der Hölle. Die einen erhoffen sich wirtschaftliche Spitzenleistungen, um nicht zu sagen Wunder, die anderen befürchten, daß ihr Land dieser Herausforderung nicht gewachsen ist. Der ehemalige Premierminister *Jacques Chirac* verkündete so seine Überzeugung, daß im Jahr 2000 Frankreich wirtschaftlich in der Gemeinschaft an der Spitze stehen wird. Der Automobilkonzern Peugeot will bereits 1993 zum größten Produzenten des Kontinents werden. Zahlreicher sind die Stimmen, die das Übergewicht der D-Mark befürchten, die französischen Forschungsanstrengungen für ungenügend halten und einen bedenklichen Investitionsrückstand beklagen. Der Präsident des Unternehmerverbandes erklärte die Vorbereitung auf 1992 zur Priorität der Prioritäten. Alle Wirtschaftskräfte sollen mobilisiert werden.

Die Reaktionen der kleinen und größeren Unternehmen sind nach einer Umfrage weit gelassener. 53% sehen im einheitlichen europäischen Markt eher eine Chance. 35% nehmen an, daß sich nichts ändern wird, und 11% halten diese Entwicklung eher für gefährlich. Lediglich 0,5% der Befragten haben keine Meinung. Dies läßt erkennen, daß über das Kapitel Europa recht gründlich nachgedacht wird. Die Hälfte der Unternehmer richtet allerdings ihren Blick noch ziemlich ausschließlich auf den französischen Markt, denn nach der gleichen Meinungsbefragung geht von der nationalen Konkurrenz für sie die größte Bedrohung aus. Rund 30% halten schon jetzt die europäische Konkurrenz für recht scharf, 20 weitere Prozent die amerikanischen und asiatischen.

Ein breiter Konsens in der Europapolitik

Weit stärker als in den meisten anderen Ländern der EG befassen sich jedenfalls in Frankreich sämtliche Verwaltungen, die maßgebenden Wirtschaftskreise, die freien Berufe, zahlreiche Studieninstitute und auch die öffentliche Meinung mit der europäischen Entwicklung der kommenden Jahre. Selbst für den Durchschnittsfranzosen sind Normen, Steuerharmonisierung und Währungsunion zu landläufigen Begriffen geworden, wenn auch die konkreten Einzelheiten seinem Wissen verschlossen blei-